

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Frankreichs Antwort: Dreijährige Dienstzeit.

Die im Morgenblatt telegraphisch mitgeteilten Angaben des Pariser „Temps“ über die bevorstehende französische Wehrvorlage bestätigen sich vollständig durch die neuesten Depeschen. Es darf uns in Deutschland nicht überraschen oder gar wie eine Provokation vorkommen, wenn Frankreich den Versuch macht, den Vorsprung einigermaßen aufzuholen, den wir durch die beabsichtigte Einstellung aller Wehrfähigen dem Nachbar vorlegen. Freilich weiß man noch nicht, wie die deutsche Wehrvorlage in den Einzelheiten beschaffen sein wird, und namentlich nicht, ob sie im Kostenpunkt die Franzosen zu dem Wehraufwand von mehr als einer halben Milliarde berechtigt, den sie ihrerseits daranwenden wollen. Auf vier bis fünf Jahre verteilt, wird jedoch diese zunächst erschreckend hoch wirkende Summe ungefähr wohl der Forderung entsprechen, die das Reich an die Finanzkraft des deutschen Volkes zu stellen gedenkt. Also auch da ein automatischer rechnerischer Gegenzug.

Daß wir den Franzosen an Zahl der wehrfähigen Leute überlegen sind, ist kein Geheimnis. Die nächsten zwei Jahrzehnte hindurch wird sich diese Differenz nicht zu unsern Ungunsten verschieben, weil der verminderte deutsche Geburtenüberschuß, der jetzt einzuwirken scheint, ja erst in zwanzig Jahren in der Heeresziffer bei der Zahl der aushebungsfähigen Mannschaften zur Geltung kommen kann. Die Franzosen müssen also, wenn sie ihren Mannschaftsbestand immer noch einigermaßen auf der Höhe der deutschen Riffer halten wollen, notwendigerweise zu einer Verlängerung der Dienstzeit greifen. Sie wollen denn auch zur dreijährigen Dienstzeit für einige Wehrklassen zurückkehren und die zweieinhalbjährige Dienstzeit für alle übrigen Truppen einführen. Auf deutscher Seite wird bei den hartnäckigen Gegnern der verkürzten Dienstzeit zweifelsohne sofort ein klirrendes Echo laut werden, das die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit als das alte „Ideal“ fordert. Wir hoffen jedoch, daß mittlerweile die Praxis der zweijährigen Dienstzeit sich so gefestigt hat, im Volksempfinden und bei der Heeresverwaltung, daß der Ueberleber der Uebermilitaristen am Fortbestand der zweijährigen Dienstpflicht nicht rütteln kann. Die Länge der Dienstdauer ist nicht nur ein militärisches, sondern zugleich ein volkswirtschaftliches Problem. Kürzere Dienstdauer und Ausdehnung der Wehrpflicht auf alle tauglichen Leute ist der langen Anspannung der Dienstzeit vorzuziehen, sogar bei vergleichsweise höheren Kosten. Wir haben also, wenn es sich nur um das Prinzip handelt, die ganze Nation als das Volk in Waffen auszubilden, keine Veranlassung, den französischen Rückschritt mitzumachen. War die zweijährige Dienstzeit schädlich für die Wehrkraft, so dürfte sie bei uns überhaupt nicht eingeführt werden. Genügt sie für die militärische Durchbildung, und zu dieser Meinung haben sich die militärischen Autoritäten mehr und mehr bekehrt, so soll Frankreich auf seine Verantwortung seine eigene Volkskraft überlassen, so weit es ihm dienlich erscheint. Deutschland braucht dieses schlechte Beispiel nicht nachzumachen.

Ein Gutes hat die französische Wehrvorlage, wie es scheint, nämlich den Verzicht auf die Heranziehung der schwarzen Kolonialtruppen. Die Bedenken gegen die Kulturwidrigkeit eines solchen Experimentes sind in Frankreich vermutlich doch höher gewesen als der Wunsch, die leeren Heeresrahmen aufzufüllen. Es bleibt aber in dem Wehrtrüben noch genug erschreckender Stoff. Ein dringlicher außerordentlicher Kredit von 70 bis 80 Millionen Franken für artilleristische Vereinfachung und ferner die reichliche Ausstattung aller Arsenale für technische Kriegsmittel. Die Friedensstreunde werden wieder einmal mit vollem Recht von der „Schraube ohne Ende“ sprechen dürfen, und von dem sich gegenseitig weiterziehenden Keilgetriebe, bei dessen Anspannung am Ende die ganze Maschinerie kracht und knarrt.

In der französischen Kammer

Stellte am gestrigen Montag bei der Beratung des Finanzetats der Generalberichterstatter Chéron fest, daß das Budget in den letzten zwölf Jahren um 1150 Millionen gestiegen sei, wovon 500 Millionen der nationalen Verteidigung und 133 Millionen sozialen Gelehen gewidmet seien. Unter dem Protest der äußersten Linken verhängte Chéron, daß alle guten Franzosen geneigt seien, diesen für die Sicherheit des Landes notwendigen Opfern anstandslos zuzustimmen. Deutschland habe für diesen Zweck über zwei Milliarden ausgegeben, während Frankreich nur 980 Millionen aufwandte. (Die Wichtigkeit dieser Zahlenangabe wäre wohl noch erst zu beweisen. D. Red.)

Ueber eine Aenderung des Ministerpräsidenten zu diesem Punkte wird uns noch gedrachtet:

Paris, 18. Februar. Ministerpräsident Briand erklärte auf Befragung wegen des Gerüchts von der Verstärkung der Rüstungen in den Couloirs der Kammer, daß die veröffentlichten Angaben über diesen Gegenstand der Öffentlichkeit nicht zuzustimmen seien, daß die Regierung in der letzten Zeit sich häufig mit Maßnahmen beschäftige, die auf Stärkung der militärischen Rüstungen Frankreichs hinzielen, so sei ein endgültiger Beschluß darüber noch nicht gefaßt. Eine Einigung sei in den Hauptpunkten erzielt, doch seien Einzelheiten der Vorlage noch nicht ausgearbeitet. Der Kammer werde noch vor Ostern bezüglich der Rüstungen eine Vorlage zugehen, deren Kosten sich auf 500 bis 600 Millionen belaufen werden, die auf vier bis fünf Jahre verteilt werden sollen. Der Kriegsminister und die zuständigen Stellen seien mit der Prüfung der Frage über die Dauer des Militärdienstes beschäftigt. Die Abgeordneten, die sich mit Briand über die Dauer der Militärdienstzeit unterhalten haben, halten die Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit für alle Wehrklassen für zweifelhaft.

Weiter wird noch hierzu gedrachtet:

Paris, 18. Februar. Die gesamte Presse beschäftigt sich mit den vom „Temps“ angekündigten Regierungsplänen zur Vermehrung und Verstärkung des französischen Heeres.

Nach durchweg wird die Ueberzeugung ausgesprochen, daß das Land die zur Sicherheit notwendigen Kosten willig auf sich nehmen werde. Die radikale „Lanterne“ schreibt: Wir wollen hoffen, daß weder eine Partei noch ein Politiker gegen die notwendigen Opfer Einspruch erheben wird. Der konservative „Gaulois“ erklärt, daß die Nachricht von den geplanten Heeresverpflichtungen ein Trost und eine Beruhigung für alle französischen Patrioten bilde. Zu der Meldung, daß nur für die Kavallerie und die Artillerie die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Aussicht genommen sei, schreibt das „Echo de Paris“: Wir werden es für eine un demokratische Maßnahme halten, gewissen Wehrklassen die dreijährige Dienstzeit aufzuerlegen, während die übrigen nur zwei Jahre unter den

Nahmen bleiben. Das Blatt erklärt, ein dreijähriger Dienst für alle Wehrklassen würde eine unzureichende Maßnahme bilden. Man werde sich deshalb schließlich doch genötigt sehen, vom Parlament und vom Lande das Opfer der dreijährigen Dienstzeit zu verlangen.

Die Bündlerparade.

In dem gleichen geräuschvollen Stile, der für die Generalversammlungen des Bundes der Landwirte von jeher kennzeichnend war, ist auch die gestrige Bündlerparade im Zirkus Busch zu Berlin vor sich gegangen. Man war wieder aus dem Gespalt, der in den letzten Jahren den Schauplatz für die agitatorischen Kraftproduktionen des vereinigten Bündlertums bildete, zu der „alten liebgewordenen Stätte“ des Zirkus Busch zurückgekehrt allwo man früher manch lauten Triumph gefeiert. Aber Kundgebungen, die immer nach den gleichen Rezepten hergerichtet sind und immer auf die gleichen Effekte hinarbeiten, verlieren an Interesse und Reiz. Das ist unwillkürlich der Eindruck, den man beim Durchmustern der Berichte über die Bündlerparade vorstellung empfängt.

Was die führenden Männer des Bundes gestern ihren Zuhörern vorgetragen haben, waren die alten fulminanten Anklagen gegen die gesamte nichtbündlerische und nichtagrarische Welt. Das einzig Besondere an dieser Versammlung war nur allenfalls, daß sie, was man sich allerdings auch bereits im Voraus sagen konnte, ungewöhnlich stark in „nationalen“ Gefühlen schwelgte. Die am Schluß der Verhandlungen angenommene Resolution (siehe Verhandlungsbericht) auf deren Leitmotiv alle Reden zugespielt waren, ist dessen Zeugnis. Im übrigen wurde in Verurteilung des Liberalismus und in scharfmacherischem Getöse gegenüber dem Sozialismus das Möglichste geleistet. So war gleich die Eröffnungsrede des Freiherrn von Wangenheim eine richtige Scharfmacherrede an die Adresse des Kaisers, „unseres ersten Berufsgenossen“, wie ihn Redner nannte.

Daß alle redend auftretenden Bündlergrößen, nicht zum wenigsten der unvermeidliche Bundesdirektor Hahn und der noch unvermeidlichere Kammerherr von Oldenburg-Januschau die bekannten Redefunktionsreden vorbrachten und namentlich bei den Attaken gegen die liberalen Parteien und gegen den Hansabund die tausendmal wiederlegten Behauptungen wiederholten, kann nicht weiter Wunder nehmen; es erübrigt sich wirklich, auf diese Dinge des Näheren einzugehen. Als charakteristisch könnte vielleicht noch angeführt werden, daß diesmal der Kampf gegen das Judentum unheimlich lebhaft propagiert wurde. Er wurde gleichsam zum Programmpunkt erhoben; denn es war der Freiherr v. Wangenheim, von all den Führern des Bundes zweifellos noch immer der besonnenste, der die antisemitische Rote anschlug. Diese wurde dann natürlich von den anderen Rednern, insbesondere von Dr. Köstler, weiter kultiviert. In einer Zeit, wo der parteimäßige Antisemitismus sich zu Tode verblutet und ein Parteimäßiger Antisemitismus überhaupt beiseite schieben will, ist es immerhin merkwürdig, daß die große Organisation des Bundes der Landwirte den Antisemitismus auf ihre Fahne schreibt. Es muß doch wohl — trotz aller zur Schau getragenen Selbstsicherheit der Führer — nicht zum besten bestellt sein um die Sache der Bündler, wenn sie glauben, mit einem dergleichen abgetriebenen Gaul noch große Geschäfte machen zu können.

Mit einigen heftigen Gebärden wurde auch gegen den Reichskanzler und vor allem gegen den Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, zu Felde gezogen; aber im Grunde waren die Angriffe doch nicht so schlimm, wie man es wohl vorher hätte vermuten können. Wenn auch Herr v. Wangenheim behauptete, die Geduld des Bundes sei erschöpft, weil die Regierung gegen die Sozialdemokratie zu schlapp vorgehe, so gewinnt man doch den Eindruck, daß die Bündler keineswegs irgendwelche vorhandenen Brücken zur Regierung abbrechen möchten. Und schließlich: was wäre auch der Bund der Landwirte, wenn nicht die Regierungssonne, die Hilfe der konservativen Verwaltung ihm ständig das Leben erleichtert hätte? Herr v. Schorlemer-Lieser war diesmal der anerkannte Liebling der Bündler. Vielleicht mag er selbst finden, daß auf seinen Namen die Lobesausprüche gar zu reichlich angehäuft wurden.

Landfrauenversammlung.

r. Berlin, 18. Febr. Zum ersten Male fand heute im Rahmen der landwirtschaftlichen Woche eine Landfrauenversammlung in Berlin im Sitzungssaal des Herrenhauses statt. Das Landwirtschaftsministerium, das Kultusministerium, der evangelische Kirchenrat und ebenso zahlreiche Frauen- und Jugendorganisationen hatten Delegierte entsandt. Die Vorsitzende, Gräfin Schwerin-Löwitz, die Gattin des Präsidenten des Landtages, bezeichnete als den Zweck der Veranstaltung die Organisation der weiblichen Jugendpflege auf dem Lande und die Bekämpfung der Landflucht. Die „brodenbe“ Umwandlung des preussischen Staates von einem Agrar- in einen Industriestaat sei mit schweren Vorständen verknüpft, an deren Beseitigung zu arbeiten, vor allem die Pflicht der Frauen sei. Sie schloß mit einem Hoch auf die Kaiserin.

Albaniens Grenzen.

Nächsten Donnerstag werden die Botschafter in London wieder Rat halten. Man hofft bis dahin zwischen den österreichischen und russischen Auffassungen über die künftige Abgrenzung Albanien einen Ausgleich zu finden. In den letzten Tagen hat es, wie Wiener Meldungen bestätigen, an diplomatischen Bemühungen zu diesem Zwecke nicht gefehlt. Oesterreich-Ungarn soll der Einverleibung der Stadt Dref in Montenegro gegen die Verzichtleistung Montenegros auf die Stadt Skutari zustimmen. Die Linie der Bistritza würde alsdann die Grenze zwischen Serbien und Montenegro einerseits und Albanien andererseits bilden. Nach einer Londoner Neutermeldung liegen auch bereits die russischen Gegenvorschläge in Wien vor. Oesterreich habe nach dieser Quelle angedeutet, daß es nicht abgeneigt sei, der Nichtzugehörigkeit der Distrikte von Skutari, Dref und Prizrend an Albanien zuzustimmen, daß es aber die Anbahnung aufrecht erhalte, daß die Städte Skutari, Djalova, Dibra und Janina Teile des neuen autonomen Albanien bilden müßten. Der „Balkan den Balkanvölkern“, das soll ja wohl die gemeinsam akzeptierte Parole der Neuordnung sein — in Anbald sprach man allerdings mit einer kleinen Variante von den Balkanstaaten, nicht von den Völkern. Jedenfalls ist die Hauptfrage, daß, auf der interessanten Halbinsel Zustände geschaffen werden, die Dauer versprechen, und dabei wird die Berücksichtigung der nationalen Zugehörigkeiten nicht wohl zu umgehen sein. Der russische Anspruch, alle slawischen Staaten auf Kosten der nichtslawischen

Völker zu vergrößern, muß an dem Friedensbedürfnis der europäischen Nationen seine vernünftige Grenze finden.

Ueber den diplomatischen Kreuz- und Querzügen auf dem großen Schachbrett der internationalen Politik vergißt man fast, daß ja immer noch Kriegszustand auf dem Balkan herrscht, daß um den Besitz von Skutari, Adrianopol und Janina noch immer mit den Waffen gekämpft wird, und daß bei Tschatalbcha und Bulair ein erbittertes Ringen tagtäglich sich abspielt. So rasch und entscheidend die ersten Schläge des Herbstfeldzuges fielen, so schwer und zäh schleppt sich der neue Kampf hin. Auf beiden Seiten müht man sich, Errungenes festzuhalten, neue Stellungen zu gewinnen, ohne daß doch die Wage des Erfolges sich merklich zugunsten der einen oder der anderen Seite neigt. Tausende verbluten nutzlos in kleinen und größeren Einzelgefechten, während die Völker unter den wirtschaftlichen Lasten der übermäßigen Anspannung aller nationalen Kräfte fast erdrückt werden — es ist hohe Zeit, daß diesem unglückseligen Völkerstreite um eine längst spruchreife Sache ein Ende bereitet wird.

Bulgarischer Erfolg vor Gallipoli?

r. Konstantinopel, 18. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) In Kreisen des Marineministeriums liefen gestern Abend Gerüchte um, daß die Bulgaren nach hartnäckigem Kampf die Forts „Victoria“ und „Napoleon“, die beiden bestbesetzten Werke von Bulair, genommen hätten.

r. Konstantinopel, 18. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Nach den letzten amtlichen Berichten rücken die Türken am rechten Flügel der Tschatalbchalinie langsam immer weiter nach dem Westen vor, nachdem sie am Sonnabend die Bulgaren, die Ormani angegriffen hatten, zurückgedrängt hatten. Die Lage der Türken wird für günstig gehalten.

Die bulgarischen Angaben über die türkischen Verluste bei Bulair sollen übertrieben sein. Jedoch wird in Kreisen der Porte angegeben, daß zwei Divisionen, die vor Bulair einen Angriff auf die Bulgaren machten, zurückgeworfen seien und 380 Tote und Vermundete verloren hätten.

Italienisch-österreichische Meinungsverschiedenheiten.

r. Rom, 18. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Das „Giornale d'Italia“ beschäftigt sich mit der Frage von Skutari, und sieht darin die Gefahr für eventuelle Komplikationen zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn. Das Blatt schreibt:

Die Gefahr neuer Komplikationen hängt von der Haltung Oesterreich-Ungarns ab, das sich einer Annexion Skutaris seitens Montenegro großschroff gegenüberstellt, da man diese Stadt Albanien zuteilen möchte. Italien hat stets für die montenegrinische Sache plädiert und sich bemüht, Oesterreich auf seine Seite zu ziehen. Die großen Anstrengungen, die König Nikolaus jetzt macht, um Skutari zu erobern, könnten, wenn Montenegro wirklich in Skutari einzutreten sollte, zu Komplikationen führen, denn in friedlicher Weise wird Montenegro Skutari keinesfalls räumen. (Das „Wenn“ ist aber inzwischen nicht erfüllt; Hassan Nisä hält die — übrigens rein albanische — Stadt, und wenn, wie beabsichtigt, Montenegro anderweitig entschädigt wird, hat auch Italien trotz der verhandlungsrechtlichen Beziehungen der kürzlich kein Interesse, für Montenegro auf den gefährlichen Besitz Skutaris zu dringen. D. Red.)

Ein Brand in Konstantinopel.

Ueber 200 Häuser vernichtet.

Unweit der Stätte der großen Feuersbrunst, die im letzten Sommer mehrere Stadtviertel von Konstantinopel einäscherte, ist am Sonntag gegen 3 Uhr Nachmittags im Stadtviertel Sultan Achmed ein großer Brand ausgebrochen, der infolge des herrschenden Windes große Dimensionen annahm. Er entfernte sich von der Hagia Sophia und nahm die Richtung auf die Moschee des Sultans Achmed und das Hippodrom.

Weiter wird über die Katastrophe gedrachtet:

r. Konstantinopel, 18. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Der Brand im Stadtviertel Sultan Achmed in Stambul legte mehr als 200 Häuser in Asche. Das Feuer nahm trotz des strömenden Regens eine ungeheure Ausdehnung an. Erst gegen 12 Uhr Abends gelang es die schwierigen Löscharbeiten.

Der Bank um Silistria.

In Bulgarien mag man die rumänische Forderung der Stadt Silistria um keinen Preis bewilligen. Das Sofioter Regierungsblatt „Mir“ schreibt:

Man kann jeden Augenblick entweder eine endgültige Verständigung oder einen Bruch erwarten. Wir hoffen aber, daß zwischen Rumänien und Bulgarien die lange Zeit bestehende Freundschaft nicht einem Streite zum Opfer fällt, der zu ungeliebter Zeit ausgerufen wird. Denn es erscheint unbegründet, daß zwei Völker, die durch ihre Interessen, Bestrebungen und gleiche Gefahren miteinander verknüpft sind, die Jahrhunderte hindurch brüderlich nebeneinander gelebt, die in der Geschichte mitzureden haben, plötzlich wegen des Besitzes Silistrias in einen Konflikt geraten, der beiden zum Fluche gereichen würde.

Wenn diese Ueberzeugung in Bulgarien so stark ist, warum dann in Sofia solche Hartnäckigkeit gegenüber den angesichts der bulgarischen Gewinne keinesfalls unmöglichen rumänischen Kompensationswünschen.

Sofia, 18. Februar. Zuständigereits verlautet, ein bulgarischer Gegenvorschlag sei heute nach Bukarest gesandt worden. Die Entscheidung stehe also noch nicht unmitelbar bevor.

Notizen.

r. Wie die „B. Z.“ erfährt, beruhen alle englischen Meldungen von einem Anschläge auf Caver Bey auf Erfindung. Caver Bey befindet sich, wie aus Telegrammen an seine Berliner Freunde hervorgeht, vollkommen wohl in Gallipoli.

Die rumänische Kammer hat einen Gesetzentwurf angenommen, durch den das Eisenbahngesetz dahin abgeändert wird, daß im Kriegsfall das gesamte Eisenbahnpersonal militärisiert wird.

Der Botschafter in Konstantinopel wurde von dem Komitee zur Verteidigung der Interessen der Muselmanen, Israeliten und Kugowalachen ein Memorandum überreicht, in dem die Autonomie Mazedoniens gefordert wird, die die einzige Garantie für Leben, Güter und Religion darstelle.

Obwohl das Konstantinopeler Blatt „Isham“ deswegen suspendiert ist, weil es sich übermäßig für den Frieden einsetzt, fährt „Wassif“, der anstelle des „Isham“ erscheint, in der Kampagne zugunsten des Friedens fort. Das Blatt hebt hervor, daß Mahmud Schenkof bewies, daß er ein Politiker sei, der sich von Volkstimmen hinreißen läßt, sondern ein wahrer Staatsmann, der das Wohl des Landes erstrebt. Das Blatt